

UOKG e.V. - Ruschestr. 103 – 10365 Berlin

Vorsitzender: Rainer Wagner
Ehrenvorsitzende:
Gerhard Finn (†), Horst Schüler
Stellv. Vorsitzende:
Roland Lange
Ernst – O. Schönemann

Bundesgeschäftsstelle:
Ruschestraße 103, Haus 1
D-10365 Berlin
Tel: (030) 55779351
Fax: (030) 55779340

Geschäftszeiten:
Montag bis Freitag
10.00 - 18.00 Uhr

Presseerklärung

28. April 2014

Vorsitzender des Dachverbands der SED-Opfer zur Expertenkommission zur Zukunft der Stasi-Unterlagenbehörde: „Opfer brauchen Sitz und Stimme“

Anlässlich der am vergangenen Wochenende durchgeführten Konferenz der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Dresden hat der Vorsitzende des Dachverbands der SED-Opfer Rainer Wagner gefordert, die Opfer der Diktatur an der geplanten Expertenkommission zur Zukunft der Stasi-Unterlagenbehörde zu beteiligen:

„Die Frage nach der Zukunft der Stasi-Unterlagenbehörde ist für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung. Denn die Akten, welche Gegenstand der Beratungen der Kommission sein werden, sind unsere Akten. In den Stasi-Akten ist unsere Verfolgung, unser Leid, und unser Schicksal dokumentiert. Es wäre geradezu grotesk, würde in dieser Frage über die Köpfe derer hinweg entschieden werden, die am schwersten unter dem SED-Regime gelitten haben. Deshalb müssen die Opfervertreter unbedingt Sitz und Stimme in der Expertenkommission bekommen.“

In der Frage, wie die Zukunft der Behörde genau aussehen soll, will sich Wagner nicht festlegen:

„Das wird sich am Ende der Beratungen herausstellen.

Uns ist es jedenfalls wichtig, dass die Kommission nicht als Werkzeug derer benutzt wird, welche nun die Gelegenheit wittern, endlich jenen Schlusstrich zu ziehen, den sie am liebsten schon vor 25 Jahren gezogen hätten.

Denn noch längst sind nicht alle Verbrechen des SED-Regimes aufgearbeitet.

Daher darf ein mögliches Ende der BStU nicht das faktische Ende der DDR-Aufarbeitung bedeuten, sondern das Gegenteil: Ziel der Beratungen muss es sein, die Bedingungen der Aufarbeitung des DDR-Unrechts in jeglicher Hinsicht zu verbessern.“